

Textilarbeiter-Zeitung

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Die Abonnenten erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: C. M. Schäfer, Düsseldorf, Konfordstraße 7. Band und Versand Jah. von Jüdisch, Engels, Luth. Straße Nr. 69-63. Fernruf: 4692.

Veranstaltung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Samstag Nr. 4423



Der Kampf gegen die staatlichen Zwangsrechte in bezug auf die Übergangswirtschaft.

I.

Wir berichteten vor kurzem über die beabsichtigte Organisation zur Regelung der Übergangswirtschaft in der Textilindustrie. Inzwischen hat der Bundesrat am 27. Juni ds. Js. die Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen für die Übergangswirtschaft auf dem Textilgebiete erlassen. Es sind zunächst in der Hauptsache nur die Maßnahmen zur Organisation der Übergangswirtschaft in der Verordnung enthalten; die einzelnen materiellen Aufgaben sind noch nicht festgelegt. Wegen der Ungenauigkeit in diesen Fragen (die Aufgaben werden von der Art des Friedensschlusses sehr beeinflusst sein) wird man vorerst nur voraussichtlich notwendig werdende Aufgaben, die mehr allgemeiner Natur sind, in Betracht ziehen können. — Da die Verordnung des Bundesrats im wesentlichen dem entspricht, was f. Bt. an dieser Stelle darüber geschrieben wurde, erscheint es nicht notwendig, im einzelnen auf die Verordnung näher einzugehen. Kurz sei nur folgendes erwähnt:

Vorgesehen sind neun Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Stoffgruppen der Textilindustrie und zwar je eine Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle, für Wolle, für Seide, für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle, für Flachs und Ramie, für Hanf, für Jute, für Hartfaser (außereuropäische Hanf und Kotsfaser) und für Erlassspinnstoffe (Spinnpapier und Zellstoffgarn). Die Reichswirtschaftsstellen haben insbesondere, nach näherer Anweisung des Reichskanzlers, die erforderlichen Vorarbeiten zu leisten für die Regelung der Beschaffung, Verteilung, Verarbeitung, Lagerung, des Absatzes, des Verbrauches und der Preise textiler Rohstoffe, sowie von Halb- und Fertigerzeugnissen. Außer den Reichswirtschaftsstellen wird eine besondere Reichsstelle für Textilwirtschaft" errichtet. Die Verordnung enthält auch die Bestimmung, daß neben Vertretern der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Angestellten, auch Arbeitervertreter in die Vertreterversammlung der Reichswirtschaftsstellen berufen werden sollen. In die Reichsstelle sollen ebenfalls eine Anzahl der beteiligten Gebiete und Kreise (darunter sind auch Arbeiter zu verstehen) berufen werden. Der Reichskanzler ernannt die betreffenden Personen.

Es darf nun wohl erwartet werden, daß das Reichswirtschaftsamt, welches das im Auftrage des Reichskanzlers handelnde Organ ist, recht bald mit den Textilarbeiterorganisationen Fühlung nimmt, damit die Ernennung der Arbeitervertreter auf diesem Wege zustande kommt. —

Es verlohnt sich in diesem Zusammenhang, eine andere und zwar die grundsätzliche Seite der Angelegenheit zu erörtern. Der Staat trifft hier eine Maßnahme, welche tief in das Wirtschaftsleben eingreift. Er will die Dinge nach dem Kriege nicht sich ruhig weiterentwickeln lassen. Die Arbeitgeber und der Großhandel werden in ihren Maßnahmen beschränkt; sie haben sich den allgemeinen Notwendigkeiten unterzuordnen. Das „freie Spiel der Kräfte“, die freie, ungehinderte Entwicklung soll durch staatliche Vorschriften in bestimmte, dem Gesamtwohl dienliche Bahnen gelenkt werden. Zunächst handelt es sich nur um eine Verordnung für die Textilindustrie. Für letztere liegt, wegen des voraussichtlich nach dem Kriege noch länger anhaltenden Rohstoffmangels, am meisten die Notwendigkeit zu einer staatlichen Regelung vor. Eingriffe des Staates, auch

auf anderen Produktionsgebieten, wo Angebot und Nachfrage auch nach dem Kriege in gar keinem Verhältnis zueinander stehen, sind für die Übergangszeit ebenfalls zu erwarten.

Die Kreise der Großindustrie und des Großhandels machen nun in schärfster Weise gegen die staatlichen Eingriffe bezw. gegen die sogenannte „staatliche Zwangswirtschaft“ Front. Diese Kreise sind den staatlichen Zwang während des Krieges längst satt und verlangen ganz entschieden, daß spätestens mit Beendigung des Krieges jede Kontrolle und Beeinträchtigung der „freien Wirtschaft“ durch den Staat unterbleiben soll. Einflußreiche landwirtschaftliche Kreise haben ja schon seit langer Zeit gefordert, daß das jetzige System der staatlichen Bewirtschaftung, der Rationierung, der Höchstpreise u. abgebaut werden sollte. Industrie und Handel wollen ebenfalls keine Beaufsichtigung, keine Kontingentierung und Reglementierung durch den Staat. Sie wollen frei sein, und besonders in letzter Zeit werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Es sei nur auf folgende Vorgänge verwiesen:

Vor einiger Zeit haben einflußreiche Handels-, Industrie- und Reederkreise die Reichstagsabgeordneten nach Hamburg eingeladen. Mit vielen Worten und schönen Reden ist den Reichstagen dort auseinandergesetzt worden, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege wieder auf der Grundlage der früheren Wirtschaftsfreiheit und des Individualismus beruhen müsse. Keine staatlichen Zwangsmaßnahmen. — In der Generalversammlung des Vereins für die bergbauartigen Interessen redete der einflußreiche Geh. Finanzrat Dr. Eugenberg von einer angeblich neuen Lehre, die jetzt allgemein gültiges Organisationsprinzip durch den Staat geworden sein sollte. Er behauptet, daß alles von vorher durch Höchstpreise u. in das verkehrte Gleis geschoben sei. Schluß: der Verein für die bergbauartigen Interessen verlangt ebenfalls die Beseitigung der staatlichen Zwangswirtschaft. — Auf der Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen für Rheinland und Westfalen“, am 18. Juli ds. Js., warnte Abg. Dr. Deumer vor dem Staatssozialismus und forderte den schnellen Abbau der Kriegsgesellschaften nach Friedensschluß. — Besonders zu erwähnen wäre noch der „Zentralverband deutscher Industrieller“. Derselbe hielt am 12. Juli ds. Js. in Berlin seine Tagung ab. Der Geschäftsführer, Abg. Dr. Schweighoffer, sprach dort ebenfalls, unter Zustimmung der Versammlung, von der Notwendigkeit eines baldigen und vollständigen Abbaues der Zwangswirtschaft nach dem Kriege. Auf der Tagung wurde auch bekanntgegeben, daß für Oktober ds. Js. eine öffentliche Kundgebung gegen den Kriegssozialismus und für die freie Wirtschaft nach dem Kriege in Aussicht genommen sei. An der Kundgebung sollen sich Industrie und Gewerbe, Handel und Seeschifffahrt, Landwirtschaft und Mittelstand beteiligen.

Man sieht, die Herren wollen ganze Arbeit machen. Sie wollen uneingeschränkte Freiheit. Demgegenüber können wir Arbeiter nur mit Entschiedenheit betonen, daß unsere Interessen — wir glauben auch sagen zu können, die Gesamtinteressen — in entgegengesetzter Richtung laufen. Vorab darf betont werden, daß es sich bei dem gegenwärtigen Kampf gegen die staatlichen Zwangsrechte überwiegend um Kreise handelt, welche stets, also auch vor dem Kriege, irgendwelche Rechte des Staates, die nicht zu ihrem eigenen Nutzen waren, bekämpften. Sie bekämpfen den Eingriff des Staates auf allen Gebieten, wo ihrem „freien Schalten und Walten“ irgendwelche Grenzen gesetzt werden. Wenn es sich auch nur um den geringsten

Schutz der Arbeiter durch den Staat handelt, z. B. gegen überlange Arbeitszeiten, gegen Gesundheitsgefahren im Produktionsprozeß, oder um die Gewährung von an sich selbstverständlichen Rechten für die Arbeiterschaft, so können wir darauf an, daß von großindustrieller Seite dagegen Stellung genommen wird. (Es sei hier nur an die Stellungnahme dieser Kreise gegen die Wünsche der Arbeiter zur Arbeitskammervorlage erinnert.) Desto mehr Einfluß der Staat auf die Gestaltung der Dinge im Wirtschaftsleben nimmt, desto größer der Widerstand dieser Kreise. Sie wollen die „Freiheit die sie meinen“. Wenn es nach dem Willen dieser Kreise gegangen wäre, bestände noch die schrankenlose Freiheit früherer Jahrzehnte, als die Arbeiter noch umgeschüttet den Wirkungen des schrankenlos um sich greifenden Kapitalismus preisgegeben waren, und wir lägen bei dieser Freiheit längst am Boden. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Kreise bei dem jetzigen Kampf gegen die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben auch der Gedanke befeelt bezw. die Befürchtung mitleidet, daß die Arbeiterschaft mit und durch den Staat zu größerem Einfluß gelangt. Bei der Beurteilung der gesamten Situation und Lage dürfen wir diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen: die „freie Entfaltung der Kräfte“ bedeutet für diese Kreise mehr Macht und ungehinderte Betätigung des Eigenwillens. Sie wollen die Freiheit für sich; wollen den Arbeitern dieselbe aber nicht zubilligen.

Zur Entschädigung der stillgelegten Textilbetriebe.

Wir haben vor einiger Zeit über die Art der Entschädigung der stillgelegten Betriebe berichtet. Die Entschädigung in den einzelnen Industriegruppen ist nicht einheitlich, weil auch die Beschäftigung in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie ungleich ist. Die Baumwollindustrie gewährt die niedrigsten Entschädigungen. Eine mehr einheitliche Entschädigungsart wurde schon seit langer Zeit von den benachteiligten Kreisen, nicht mit Unrecht, gefordert. Insbesondere verlangte man auch eine Heranziehung der Papiergarn verarbeitenden Industrie, welche bisher keine Entschädigungsgemeinschaft hatte. Nunmehr ist auch eine Entschädigungsgemeinschaft der Papier verarbeitenden Industrie eingerichtet worden. Die Abgaben, welche an die „Entschädigungsgemeinschaft beim Kriegsausbruch für Textilfabrikstoffe“ abzuführen sind, sollen zur Entschädigung der Betriebe, welche keiner Faserstoffgemeinschaft angehören und stillliegen, dienen. Ebenfalls sollen Zuschüsse an andere Entschädigungsgemeinschaften, welche schlecht stehen, bezw. nur eine kleine Entschädigung zahlen können (z. B. Baumwolle), abgeführt werden. Damit ist eine größere Einheitlichkeit in der Entschädigung der stillgelegten Betriebe erreicht.

Die Entschädigung für die arbeitslosen Textilarbeiter ist nach wie vor sehr ungleichartig und zum größten Teil, angesichts der fortschreitenden Teuerung, vollständig unzureichend. Es darf bei dieser Gelegenheit erneut betont werden, daß da auch eine durchgreifende Aenderung notwendig ist.

Allgemeine Rundschau.

Der 11. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine.

Die diesjährige Haupttagung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B., mit dem Sitz in Köln, fand unter reger Beteiligung aus allen Teilen des Landes im Juli d. J. im Städtischen Saalbau zu Essen statt.

Dem Reichsverbande deutscher Konsumvereine gehörten am 1. Januar 1918 250 Genossenschaften an mit einer Mitgliederzahl von 308865. Der erreichte Umsatz für 1917 beläuft sich auf 72 Millionen Mark. Die Reserven erreichten die Höhe von 3,4 Millionen Mark.

Herr Verbandsdirektor Schlaef sprach über „Die künftige Verbrauchsgüterwirtschaft und die Konsumgenossenschaftsbewegung“.

Die Zwangswirtschaft sei für die Kriegszeit und eine kurze Uebergangszeit notwendig, ohne dieselbe hätten wir den Krieg längst verloren. Eine schrittweise Umgestaltung sei jedoch dringend notwendig. Anordnung, Aufsicht und Kontrolle den Behörden, Warenbewirtschaftung dem genossenschaftlichen und privaten Handel, dieses Ziel müsse angestrebt werden. Die Konsumgenossenschaften und ihre Groß-Einkaufszentralen müssen in die Kriegs- und Uebergangswirtschaft eingegliedert werden. (Eine entsprechende Entschließung fand Annahme.)

In den Nachmittagsverhandlungen berichtete an erster Stelle Herr Schriftleiter Brauer, Köln, über „Die Organisation der Geldwirtschaft der Verbraucher“. Die Kapitalkonzentration, sei gegenüber Industrie und Gewerbe zu einer Machtzusammenballung von größter Tragweite geworden. Ein Gegengewicht ist nur zu erhoffen, wenn die Verbraucher auf die Verwendung der aus ihren eigenen Preisen hervorgehenden Kapitalien Einfluß nehmen. Als Mittel schlägt er die Errichtung einer Genossenschaftsbank unter den Organisationen der Konsumvereine, Angestellten und Arbeiter vor.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach Herr Verbandssekretär Heimbeck über „Unsere Bildungsarbeit in der kommenden Friedenszeit“, des weiteren Herr Verbandssekretär Nieß über „Einführung einer Unterstützungskasse für Angestellte und Arbeiter der Konsumvereine“. Die Einführung der Kasse wurde zum 1. Januar 1919 beschlossen.

Eine wertvolle Entscheidung.

In minderbemittelten Verbraucherkreisen wird schon seit geraumer Zeit mit Recht bittere Klage darüber geführt, daß erkrankten Mitgliedern von Krankenkassen bei der Verschreibung von Milch eine ärztliche Gebühr von 2—3 Mk. abverlangt wird. Die Krankenkassen lehnten bisher durchweg die Erstattung ab. Jetzt ist die Sache nun endgültig durch das Reichsversicherungsamt entschieden worden. Letzteres entschied, daß die Milch als Heilmittel anzusehen sei, und die Kasse nicht nur die Kosten des Heilmittels, sondern auch die ärztliche Gebühr von 3 Mk. zu tragen habe, da die Milch nicht ohne das ärztliche Attest zu erlangen war. Damit ist glücklicherweise dieser Stein des Anstoßes endgültig beseitigt. Ueberall dort, wo die Krankenkassen noch den alten Standpunkt einnehmen, verweise man auf das vorliegende Urteil des Reichsversicherungsamtes.

Familienunterstützung.

Das preussische Ministerium des Innern hat zwei wichtige Erlasse herausgegeben, die die Familienunterstützung betreffen. Zunächst wird eine wohlwollende Behandlung der Unterstützungsfälle für Kriegsgetraute gefordert. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Zeichnung kleiner Beträge auf Kriegsanleihe sowie Besitz kleinern Vermögens kein Grund sind, um die Familienunterstützung zu versagen. Bei der Beurteilung der Bedürftigkeit sollen lediglich die Zinsen als Maßstab angelegt werden. Weiter soll die Bewilligung des Kriegselterngeldes den Anspruch auf Familienversorgung im Fall der Bedürftigkeit nicht aufheben.

Ein weiterer Erlass besagt, daß den zum Bezuge von Kriegswaisengeld berechtigten, von der Mutter mit in die zweite Ehe gebrachten Kriegswaisen zur Abwendung einer Notlage neben dem Waisengeld die Familienunterstützung auch dem Stiefvater gezahlt werden, wenn dieser eingezogen ist, und vor der Einberufung in ausreichendem Maße und aus eignen Mitteln für die Erziehung der Kinder Sorge getragen hat. Auch der wiederverheirateten Kriegswitwe steht im Falle der Bedürftigkeit die Familienunterstützung zu, wenn die Frau bei der Wiederverheiratung eine einmalige Abfindungssumme erhalten hat.

Kriegserfindstoffe der Textilindustrie.

Von Karl Michl.

(Nachdruck verboten.)

II.

Am Ersatz der fehlenden Spinnmaterialien sind verschiedene Anregungen angetaucht, bei den meisten fehlte jedoch die wichtigste Voraussetzung; das ausreichende Vorhandensein der erforderlichen Ausgangsmaterialien. Auch die Spinnversuche mit der Brennesselfaser haben an sich befriedigt, aber die daraus gefertigten groben und feinen Gewebe vermögen gegenwärtig nur einen sehr mäßigen Bruchteil des allgemeinen Bedarfs zu decken.

Die Verwertung der aus dem Stengel der gewöhnlichen, in ganz Europa wild wachsenden Brennessel gewonnenen Textilfaser zu Verspinnwecken ist keine Erfindung neuesten Datums, sondern schon vor Jahren theoretisch von einem österreichischen Forscher nachgewiesen worden. Aber erst unter dem Druck der Notwendigkeit, Verspinnmaterial unabhängig vom Ausland, im Lande bei uns selbst zu erzeugen, hat man diese Verfahren jetzt praktisch aufgenommen und bereits in technischer Vollkommenheit soweit ausgebaut, daß wir feine leinenartige, schmiegsame Gewebe aus feinen Nesselfasern, und entsprechend gröbere bis hinunter zum stärksten, tragfähigsten Jutegewebe aus groben, vom unteren Stengelende der Brennessel gewonnenen Fasern, herstellen können. In Anbetracht der Wichtigkeit und Vielseitigkeit der Verwendung von Brennesselgespinnsten wird man regierungsfreudig bereits in diesem Jahre planmäßig in Deutschland und Oesterreich die Brennesselernte betreiben und voraussichtlich dafür Sorge tragen, daß dieses anspruchsvolle auf jedem Deblande gedeihende Gewächs für das nächste Jahr möglichst stark angesiedelt und kulturell vielleicht noch veredelt werden wird, wodurch seiner Ausnutzung durch die Textilindustrie noch ungeahnte Perspektiven entstehen würden.

Einige seltener wild vorkommende, aber leicht in unserem Klima kultivierbare Nesselarten liefern auch eine wollartige Verspinnfaser, die zwar keinen vollgültigen Verspinnerfaser, wohl aber ein gutes und haltbares Mischprodukt für Natur- und Kunstgewebe ergeben können.

Ähnlich verhält es sich mit den aus Weidenbast gefertigten Geweben. Der an der Innenseite der Rinde sitzende Weidenbast bildet nach einem Aufbereitungsverfahren eine elastische, kräftige, spinnfähige Faser, die sich zum Weben von Matten, Läufern, Teppichen, Spannstoffen, Zwischenfasser und dergl. gut eignet. Wenn nach dem Kriege Arbeitskräfte und Hilfsmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden, kann auch der Weidenbast der Textilindustrie neue Rohstoffe bieten, denn die zähen Fasern lassen sich zu einem sehr festen, dünnen und äußerst gleichmäßigen Schnür- und Bindfaden verspinnen. Dofer gebrüllt sind die Weidenbastfäden, weich und locker und bilden ein wirkungsvolles Knäpfmaterial für Möbel und Dekorationsposamente.

Durch neue technische Versuche ist die Wichtigkeit des Weidenbastes für die Schwergewerbeindustrie einwandfrei erwiesen. Weiden kommen in Deutschland sehr reichlich vor, und die Rindenernte von diesen Bäumen kann, ohne ihrem Weiterwachstum zu schaden, fast das ganze Jahr hindurch betrieben werden. An der Innenseite der Rinde sitzt der Weidenbast, aus dem sich nach einem Laugenprozeß und nach chemischer Entfernung der Holzstelle eine elastische, kräftige, Spinnfaser gewinnen läßt, die besonders zu Möbelfstoffen, Matten, Bodenbelägen und Spannstoffen trefflich geeignet und leicht einfärbbar ist. Aus Weidenbast wird sich später, wenn Hanf nicht in ausreichender Menge vorhanden sein wird, Schnür- und Bindfäden herstellen lassen.

Viel wertvolle Erfindungen können während des Krieges nicht in vollem Maße ausgenutzt werden, andere werden erst nach dem Kriege vervollkommen werden. Im feindlichen und neutralen Ausland sind während des Krieges Erfindungen gemacht worden, die schon ihrer Einfachheit halber später einer genauen Nachprüfung bedürfen.

Der Ingenieur Gustav Heinze in Mainz hat sich ein Polstermaterial patentieren lassen, welches eine Aktiengesellschaft fabrikmäßig herzustellen beabsichtigt. Die Halme gewöhnlicher Gras- und Getreidearten werden in einem einfachen Aufbereitungsverfahren präpariert und gehärtet. In einem alkalischen Bade werden die Fasern von den verholzten Teilen gesondert und in einer weiteren Lösung gehärtet. Der sehr billige Härteprozeß ergibt ein Produkt, das gegenwärtig viermal billiger ist als Hanf, dabei ist dasselbe auch in der Feuchtigkeit haltbar, wärmeisolierend und auch gegen mechanische Abnutzung in hohem Maße widerstandsfähig. Man verspricht sich viel von der Erfindung als Baumwollersatz, aber auch grobe Gewebe, wie Spannstoffe, Matten, Läufer und dergl. werden sich gut daraus herstellen lassen.

Zur Herstellung des neuen Materials wird das Stroh jeder beliebigen Getreideart zerfasert, und die dadurch gewonnenen Strohfasern gleich der Jute bebaticht und kardiert. Das gewonnene

Produkt wird nicht allein als Polstermaterial benutzt, sondern kann auch als grobes Webematerial Verwendung finden. Ungemischt verspinnelt man es zu groben, tragfähigen Stricken; mit Textilfasern gemischt, ergibt es einen juteähnlichen färbbaren Stoff („Stransa“), der später der ausländischen Jute fühlbare Konkurrenz bereiten wird. Wie alle vorgenannten Erzeugnisse kann auch die „Stransa“ erst nach dem Kriege für den Privatbedarf in Betracht gezogen werden. Die gegenwärtig hergestellten Produkte werden fast ausschließlich für den Heeresbedarf beansprucht. Juteartige Gewebe und Polstermaterialien aus diesem Material, die die Privatindustrie konsumieren könnte, sind zur Zeit noch nicht im freien Handel, die Strohernte des vergangenen Jahres hat für diese keine Uberschüsse, denn was die Landwirtschaft und Pferdehaltung entbehren kann, benötigt die Kabelindustrie und der militärische Bedarf an Isoliermaterial.

Unter den mannigfachen, während des Krieges geschaffenen Ersatzprodukten sind viele, die nach dem Friedensschluß zu ganz erheblicher Bedeutung gelangen werden. Vieles wird in kurzer Zeit nach dem Friedensschluß eine entschiedene Veränderung erfahren, bis dahin heißt es mit dem Versäglichen wirtschaften.

(Fortsetzung folgt)

Aus unserer Bewegung.

Jede Lücke sofort ausfüllen.

Die Geschäftsführung in den Ortsgruppen mußte während der Kriegszeit oft wechseln. Tüchtige männliche Kräfte wurden zum Heeresdienst eingezogen; andere mußten infolge Arbeitslosigkeit ihren Beruf und Arbeitsort wechseln. Stabile Verhältnisse haben wir auch jetzt noch nicht. Dieser Umstand erschwert naturgemäß die ordnungsmäßige Geschäftsführung in den Ortsgruppen.

Und doch kann nicht oft und dringend genug die Mahnung ausgesprochen werden: „füllt jede entstehende Lücke sofort aus!“ Das gilt nicht nur allein von der Besetzung der Vorstandsposten, sondern vor allem auch in der Hinsicht, daß keine Unterbrechung in der Bedienung der Mitglieder entsteht. Darum muß vor allem darauf geachtet werden, daß für jede ausscheidende Vertrauensperson sogleich Ersatz da ist. In kleineren Ortsgruppen, wo die Mitglieder sich gegenseitig näher kennen und der Zusammenhalt naturgemäß meistens ein größerer ist, sind die gesamten Verhältnisse, seitens der Ortsgruppenleitung leichter zu übersehen. In größeren Orten und Ortsgruppen liegen die Dinge in der Regel viel schwieriger. Die Vertrauenspersonen sind das Bindeglied zwischen Mitgliedern und Ortsgruppenleitung. Es ist deshalb nicht nur darauf zu achten, daß jede Lücke sofort ausgefüllt, sondern auch besonderes Gewicht auf die Auswahl der richtigen Vertrauenspersonen gelegt wird. Tüchtige und rührige Vertrauenspersonen sind ungemein viel wert für eine Ortsgruppe. Wenn auf den lückenlosen Ausbau des Vertrauenspersonensystems und die Auswahl der richtigen Personen nicht entsprechendes Gewicht gelegt wird, gibt es Rückschläge in der Ortsgruppe.

Aber die bestehenden Schwierigkeiten! Dieselben sind vielfach nicht zu verkennen. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich verringert. In der Hauptsache haben wir weibliche Mitglieder. Hier ist der springende Punkt. Es ist notwendig, besonders die Kolleginnen für die Mitarbeit zu gewinnen. Die Erfahrung zeigt, daß die Kolleginnen zur Mitarbeit recht geeignet sind, und eine für gut erkannte Sache recht eifrig und geschickt vertreten. Machen wir uns diesen Umstand zunutze. Es ist im Interesse der Aufrechterhaltung des Verbandes und der Agitation notwendig, daß keine Lücken in der örtlichen Geschäftsführung entstehen, bzw. jede entstehende Lücke sofort mit den richtigen Personen ausgefüllt wird. Unsere Kolleginnen sind zur Mitarbeit geeignet. Sie sind auch bereit dazu, wenn dieselben darum angegangen werden und ihre Mitarbeit entsprechende Würdigung findet.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in Augsburg.

Auf Grund einstimmigen Beschlusses des Arbeitsausschusses der Kriegsfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter wurden für Augsburg die Unterstützungssätze wie folgt, ab 15. Juni 1918, geregelt:

1. Die Leistungen der Fürsorge betragen für die Stunde

Sohnansfall		8 Pfg.
bei einem Alter unter 14 Jahren		
" " " von 14 bis 16 Jahren für männliche	16 "	
" " " " 14 " 16 " " weibliche	16 "	
" " " " 16 " 21 " " männliche	25 "	
" " " " 16 " 21 " " weibliche	21 "	
" " " über 21 Jahre für männliche ledig	28 "	
" " " " 21 " " " verheiratet	33 "	
" " " " 21 " " " weibliche ledig	23 "	
" " " " 21 " " " verheiratet	27 "	
Als Zuschlag für Kinder unter 14 Jahren ohne eigenen Verdienst oder ohne eigene Textilunterstützung	4 "	

2. Die Versicherungsbeiträge zur Krankenversicherung werden bei vollständiger Erwerbslosigkeit nach Sätzen berechnet, die die Unterstützungssätze um 30% übersteigen; bei teilweiser Erwerbslosigkeit kommen diese angenommenen Sätze nur in Betracht, wenn durch die teilweise Erwerbslosigkeit Verdienst und Unterstützung unter diese angenommenen Sätze sinkt.

Die dadurch entstehende Erhöhung der Versicherungsbeiträge wird auf die Kriegsfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter übernommen.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Den Ausführungen des Kollegen Wilms in Nr. 26 vom 29. 6. kann man nur zustimmen, besonders dessen Bedenken gegen die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung bei nur 10 Pfg. Beitragserhöhung. Auch ich befürchte, daß diese Unterstützung bei der in sicherer Aussicht stehenden Arbeitslosigkeit bei nur 10 Pfg. Beitragserhöhung den Verband viel zu stark belasten wird. Der Kollege aus Ahaus empfiehlt sogar eine noch kürzere Wartezeit bei wiederholter Erwerbslosigkeit oder Krankheit.

Ich habe mir schon öfter die Frage vorgelegt: Weshalb bist du Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes? Und die Antwort lautet: Wir wollen durch und mit Hilfe unserer Organisation Einfluß gewinnen auf das Arbeitsverhältnis. Wir erstreben einen Lohn, mit dem eine Arbeiterfamilie gut durchkommen kann. Ferner eine nicht zu lange Arbeitszeit und eine anständige Behandlung. Wir wollen durch die Organisation Anerkennung unserer Rechte, nicht allein vom Arbeitgeber, sondern auch in der Öffentlichkeit. (Wie es gerade damit aussieht, haben wir ja besonders während des Krieges und auch noch in letzter Zeit erfahren müssen.) Erziehung- und Bildungsarbeit soll durch den Verband geleistet werden. Wenn wir so das Ziel erkennen, dann sind wir uns doch wohl alle darüber klar, daß wir dieses nicht so ganz leicht erreichen werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß selbst um eine kleine notwendige Lohnhöhung kampfartige Kämpfe geführt werden mußten. Wenn auch während des Krieges fast überall wegen der großen Teuerung Lohnzulagen bewilligt wurden, ohne Streit oder Ausperrung, so deutet doch vieles darauf hin, daß man die während des Krieges gemachten Zulagen nach dem Kriege bald wieder aufheben will. Die allgemeine Teuerung wird aber bestimmt noch jahrelang anhalten. Müssen deshalb wirtschaftliche Kämpfe geführt werden, dann müssen wegen der teuren Lebenshaltung die bisherigen Unterstützungssätze für solche Fälle erhöht werden. Wo sollen aber die Mittel hergenommen werden, wenn wir diese nicht selbst schaffen? Der Krieg hat unsere Industrie und unsern Verband hart mitgenommen. Wollen wir an unserem Verbands eine starke Stütze und Hilfe haben, dann müssen wir auch selbst die Mittel zur Erreichung unseres Zieles aufbringen. Dieses kann aber nur dadurch geschehen, daß wir den Beitrag so hoch festsetzen, daß wir möglichst allen Eventualitäten gegenüber gewappnet sind.

Am liebsten wäre mir, wenn weder Kranken- noch Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt würde. Diese Unterstützungen haben vor dem Kriege einen großen Teil unserer Einnahmen verschlungen und in mancher Ortsgruppe hat man mit diesen Unterstützungen recht trübe Erfahrungen gemacht. Die Summen, die hierfür ausgegeben sind, hätten zur Erläuterung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen agitatorisch bestimmt viel besser gewirkt. Also wenigstens keine neue Einführung einer Krankenunterstützung. Mögen die Mitglieder besser die Krankenkassen ausbauen, der sie angehören. Sollte aber eine, wenn auch geringe Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt werden, dann müssen aber auch die Beiträge dementsprechend erhöht werden. Dazu reichen die 10 Pfg. bestimmt nicht hin, denn es soll doch auch eine Stärkung der Verbandskasse erreicht werden, und meiner Ansicht nach ist auch noch ein Drittes unbedingt notwendig. Wir müssen

für längere Jahre von einer Beitragserhöhung verschont bleiben. Es muß auch endlich diesbezüglich eine gewisse Stabilität herrschen. Wir sollten deshalb mit einem Male ganze Arbeit machen. Darum schlage ich vor: Der Mindestbeitrag für Männer wird auf 60 Pfg. pro Woche erhöht (ohne Lokalbeitrag). Für die Kolleginnen auf 50 Pfg. (ohne Lokalbeitrag). Ich glaube behaupten zu dürfen, daß diese Beiträge, gemessen an dem Einkommen vor dem Kriege und heute, nicht zu hoch sind entsprechend den Friedensbeiträgen. Allwärts sind doch Lohnzulagen gemacht worden. Wenn der gute Wille vorhanden ist, kann auch jedes Mitglied diesen Beitrag zahlen. Alle Organisationen haben in letzter Zeit ihre Beiträge erhöht. Warum sollten wir Textilarbeiter nicht so viel Standesbewußtsein haben, um auch für unsere Organisation die notwendigen Opfer zu bringen.

Wenn dann von der Verbandsgeneralversammlung beantragt eine Erwerbslosenunterstützung beschlossen werden sollte, dann schlage ich vor, hierfür eine Wartezeit von 104 Wochen festzusetzen und nicht 52 Wochen. Für Sterbeunterstützung besteht ja jetzt schon eine Wartezeit von 156 Wochen. Für Streitunterstützung mag es bei der kürzeren Wartezeit bleiben. Bedenken wir doch immer, daß wir Mittel haben müssen um evtl. auch einen schweren Kampf führen zu können. Je besser wir unsere wirtschaftliche Lage gestalten können, umso wohler ist uns. Je mehr Mittel wir haben, umso weniger werden wir kämpfen müssen.

Soll und ganz stimme auch ich mit dem Kollegen aus Ahaus überein in betreff des Wunsches, daß unser Verbandsorgan bald wieder in früherer Größe erscheint. Wir können mit unserm jetzigen Organ nicht die nötige Aufklärung und Erziehung leisten. Die Mittel, die dafür aufgebracht werden müssen, sind nicht umsonst angewendet.

G. in M. . .

Der Aachener Bezirk und die Verbandsgeneralversammlung.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Anfang September stattfindende Verbandsgeneralversammlung sind in unserem Bezirke beendet. Die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl durch die Wahlkomitees, sowie die Wahlen in den Ortsgruppen, konnten glatt und ohne Schwierigkeiten erledigt werden. In allen größeren und mittleren Ortsgruppen, sowie in den meisten kleinen Ortsgruppen, fanden Mitgliederversammlungen statt, auf welchen der Bezirksleiter oder ein Stellvertreter über die Aufgaben unserer Verbandsgeneralversammlung referierte. Wenn auch der Besuch der Versammlungen mancherorts hätte besser sein können, so zeigte sich doch überall das regste Interesse der Mitglieder für die Tagesordnung der Verbandsgeneralversammlung. Im Vordergrund der Aussprachen standen die Neuregelung des Unterstützungs- und Beitragswesens, sowie die schwierigen Fragen der Textilindustrie in der Übergangswirtschaft. Es war erfreulich zu beobachten, mit welchem großen Verständnis die Kollegen und Kolleginnen über diese Fragen ihrer Meinung Ausdruck gaben. Gleich erfreulich war die Tatsache daß die Textilarbeiterchaft mit ungebrochenem Mut in die Zukunft blickt und entschlossen ist, zur Stärkung ihrer Organisation, welche gerade in der schweren Kriegszeit so manches für sie getan hat, Opfer zu bringen. Einzelne Stimmen wurden laut, welche die finanzielle Stärkung des Verbandes forderten, ohne durch die geplante Wiedereinführung einer Erwerbslosenunterstützung den Verband neuerdings finanziell zu belasten. Alle Kollegen und Kolleginnen waren jedoch einig in der Meinung, daß durch die Erhöhung der Beiträge kein Grund zu Befürchtungen von Mitgliederverlusten vorhanden sei. Der Krieg, mit seinen gewaltigen Anforderungen an den Opfergeist des deutschen Volkes, sei auch hier ein guter Lehrmeister gewesen. Die Kollegen und Kolleginnen des Aachener Bezirks sehen hoffnungsvoll und mit Vertrauen den Arbeiten und Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung entgegen. Sie wissen, daß diese Tagung nicht ohne großen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse der Textilindustrie und ihrer Arbeiterchaft in der Zukunft sein wird.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Kampf gegen die staatlichen Zwangsrechte in bezug auf die Übergangswirtschaft. — Zur Entschädigung der stillgelegten Textilbetriebe. — Allgemeine Rundschau: Der 11. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. — Eine wertvolle Entscheidung. — Familienunterstützung. — Kriegserfassung der Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Jede Stütze sofort ausfällen. — Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in Augsburg. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Der Aachener Bezirk und die Verbandsgeneralversammlung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Bernhard Otto, Düsseldorf, Seidenstraße Nr. 7.